



Niedersachsen-Echo

Nachrichten und Informationen aus dem Landesverband



AKTUELLES

SoVD Niedersachsen setzt sich für inklusive Schule ein

SOZIALES

Sozialpolitischer Ausschuss diskutiert über Pflegepaket

VERANSTALTUNGEN

Kreisverband Diepholz im Gespräch mit der Politik

AKTUELL

Erhöhung geplant

Blindengeld

Blinde Menschen in Niedersachsen sollen mit sofortiger Wirkung durchschnittlich 540 Euro mehr Blindengeld im Jahr erhalten. Die Erhöhung findet rückwirkend zum 1. Januar 2009 statt. Ein entsprechender Gesetzestext soll spätestens bis Ende März dieses Jahres fertiggestellt sein.

Somit könnte das Vorhaben noch vor der Sommerpause verabschiedet werden, eine Auszahlung ab Juli erfolgen. Der Kompromiss zwischen der Landesregierung und dem SoVD-Partner Blindenverband sieht vor, dass Sehbehinderte bis zum 25. Lebensjahr künftig 320 anstatt 300 Euro monatlich erhalten. Für ältere Betroffene ist die Anhebung der Leistungen von 220 auf 265 Euro monatlich vorgesehen. Für blinde Menschen, die sich in stationären Einrichtungen befinden, soll das bisherige Blindengeld von 50 Euro auf 100 Euro aufgestockt werden. Dem niedersächsischen Sozialministerium zufolge soll blinden Menschen damit geholfen werden, ihren Alltag besser zu gestalten.

Der SoVD Niedersachsen begrüßt die geplante Erhöhung des Blindengeldes, weist aber auch darauf hin, dass die niedersächsische Landesregierung erst durch massiven Druck von Betroffenen, der Öffentlichkeit und nicht zuletzt durch ein Volksbegehren das Blindengeld wieder eingeführt hatte. Das Volksbegehren zur Wiedereinführung des Blindengeldes war 2005 - nach der Abschaffung der Leistung - gemeinsam vom SoVD Niedersachsen und dem Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen initiiert worden.

Diskussion mit Experten / Neuorientierung der Behindertenpolitik

„Mit Kraft für ein inklusives Bildungssystem“

Nicht nur das Konjunkturpaket II, sondern auch die Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen ist derzeit in aller Munde. Gewissermaßen ein Startschuss für eine Neuorientierung in der Behindertenpolitik. Denn die UN-Konvention fordert unmissverständlich alle Vertragspartner auf - auch Deutschland - für ein inklusives Bildungssystem Sorge zu tragen.

Kein Kind soll ausgesondert werden, weil es den Anforderungen der Schule nicht entsprechen kann. Deutschland ist in der Pflicht, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen. Ein Bildungssystem, das eine gemeinsame Beschulung aller Kinder mit und ohne Behinderung ermöglicht. Denn noch immer werden mehr als 84 Prozent der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Förderschulen unterrichtet und nur 15 Prozent an allgemeinbildenden Schulen. In

Niedersachsen besuchen lediglich 4,7 Prozent eine integrative Schulform. Damit ist man bundesweit Schlusslicht, und die Forderung des SoVD im Lande lautet: Niedersachsen braucht ein inklusives Bildungssystem, da die Ausgrenzung in Sonderschulen für Kinder mit Behinderungen in der Regel den Einstieg in lebenslange Sonderwege bedeutet.

An Bedürfnisse anpassen

Hierfür müssen die Rahmenbedingungen an den Bedürfnissen und Besonderheiten der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet werden. Alle Kinder werden in allgemeinbildenden Schulen der Vielfalt ihrer Begabungen entsprechend unterrichtet. Die individuelle Unterstützung wird zum Kind gebracht. Entscheidende Voraussetzung für das gemeinsame Lernen ist ein einheitliches inklusives Bildungssystem während Kinderkrippe, -gar-

ten, Vorschule, Schule und beruflicher Aus- und Hochschulbildung und die damit verbundene Barrierefreiheit. Um ein solches System in Niedersachsen zügig umzusetzen, hat die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen einen ersten Vorstoß getan und einen Gesetzesentwurf und einen Entschließungsantrag mit einem Konzept für den Ausbau der allgemeinbildenden Schulen zu inklusiven Schulen in den Landtag eingebracht. Der SoVD Niedersachsen hat diese Gesetzesinitiative zum Anlass genommen und Experten zu einem ersten Runden Tisch „Inklusive Bildung“ eingeladen. Mit Teilnehmenden aus dem Kultusministerium, von Verbänden, Institutionen und Elterninitiativen ist der Gesetzesentwurf intensiv diskutiert worden.

Chance für Neuorientierung

„Wir werden uns mit gebündelter Kraft für ein inklusives Bildungssystem in Niedersachsen einsetzen“, betont SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer: „Ein Aktionsbündnis kann unser Vorgehen unterstützen, damit Niedersachsen im Ländervergleich nicht mehr den letzten Platz einnimmt. Wir müssen die UN-Konvention als Chance für eine Neuorientierung in der Behindertenpolitik nutzen.“ In einer geplanten Anhörung zum Gesetzesentwurf werde der SoVD Niedersachsen eindeutig Stellung beziehen. Zudem ist ein Aktionsbündnis mit anderen Organisationen aus dem Behinderten- und Bildungsbereich zur Umsetzung der Konvention im Bereich der inklusiven Bildung geplant.



Adolf Bauer

Liebe Mitglieder,

wieder wurde ein Schritt in die richtige Richtung gemacht, der auch dem Einsatz unseres Verbandes zu verdanken ist: Im Februar hat der Bundesrat den Weg für Mindestlöhne in der Pflegebranche freigemacht. Wenn die Tarifpartner nun eine Lohnuntergrenze aushandeln, darf diese auch in Niedersachsen nicht unterschritten werden - obwohl sich die Landesregierung in der Länderkammer gegen den Mindestlohn ausgesprochen hat. Doch aus Sicht des SoVD darf die Entwicklung nun nicht stehenbleiben. Wir brauchen dringender denn je einen flächendeckenden Mindestlohn, damit alle Menschen in allen Berufen genug Geld zum Leben verdienen können. Und für spezielle Fachkräfte muss die Entlohnung zudem ihren erweiterten Qualifikationen entsprechen. Da reicht ein gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde keinesfalls aus. Auch an dieser Stelle werden wir uns weiter stark machen.

Ihr Adolf Bauer



Experten diskutierten mit dem SoVD Niedersachsen ausführlich Konzepte, wie behinderte und nichtbehinderte Kinder im niedersächsischen Bildungssystem gemeinsam lernen können.

Bei Anhörung im Landtag SoVD-Positionen präsentiert

Erreichbarkeit der Praxen gewährleisten

In einer Anhörung zur Zukunft der hausärztlichen Versorgung in Niedersachsen, die im Februar im niedersächsischen Landtag stattfand, erläuterte die 2. Landesvorsitzende Edda Schliepack vor dem Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit die Position des SoVD Niedersachsen.

Anlass der Anhörung war ein Entschließungsantrag der Landtagsfraktionen von CDU und FDP. Mit diesem Antrag soll die Landesregierung beauftragt werden, einen umfassenden Bericht vorzulegen, mit welchen Maßnahmen die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung durch die Kassenärztliche Vereinigung unterstützt werden kann. Dabei sollen vor allem Wer-

bung und Unterstützung von Praxisneugründungen und -übernahmen im ländlichen Raum, die Förderung von Kooperationen mit anderen Leistungserbringern und die Möglichkeiten der besseren Vereinbarkeit von Familie und Tätigkeit in der ärztlichen Praxis genauer betrachtet werden.

Schliepack machte in ihren detaillierten Ausführungen deutlich, dass die Erreichbarkeit einer Hausarztpraxis gewährleistet sein muss und dafür ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr in Niedersachsen unentbehrlich ist. Weiterhin müsse das Krankheitsbild der Depression in der Aus- und Weiterbildung im Gesundheitswesen berücksichtigt werden.



Edda Schliepack

Sozialpolitischer Ausschuss des Landesverbandes

Ausbildungsplätze fördern

Der Sozialpolitische Ausschuss des SoVD Niedersachsen hat in seiner jüngsten Sitzung das zehn Millionen Euro schwere Pflegepaket der niedersächsischen Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann beraten. Die Pläne der Sozialministerin, die Pflege in Niedersachsen zu stärken, wurden dabei begrüßt.

Der SoVD beobachtet schon lange mit Sorge, dass zu wenige Altenpflegekräfte ausgebildet werden und hat sich wiederholt für die Wiedereinführung des Umlageverfahrens in der Altenpflege eingesetzt. Das Pflegepaket sieht die finanzielle Förderung von Ausbildungsplätzen in der Altenpflege und an Altenpflegeheimen in freier Trägerschaft,

die Förderung der Einrichtungsträger bei den Ausbildungskosten im dritten Umschulungsjahr sowie Schulungen von Pflegekräften vor. Darüber hinaus will die Sozialministerin die Bekanntheit niedrigschwelliger Betreuungsangebote steigern und in einer Studie untersuchen lassen, wie die Attraktivität der Pflegeberufe gesteigert werden kann. Es ist geplant, das Pflegepaket zum 1. Januar 2010 in Kraft zu setzen.

„Wir hoffen, dass die Pflegeeinrichtungen mit der finanziellen Förderung aus dem Pflegepaket nun verstärkt Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen“, erklärte die Vorsitzende des Ausschusses, Edda Schliepack.